

10.11.2014

PRESSEMELDUNG

Bürgerbeteiligung im Fokus bei der Sanierung schadhafter Abwasseranlagen

Bessere Kommunikation beugt Widerständen vor

Die Wassergesetze der Länder legitimieren Kommunen, im Rahmen ihrer Satzungen auch private Grundstücksbesitzer zu einer regelmäßigen Inspektion ihrer privaten GEA zu verpflichten. Eine sinnvolle Aufklärung und Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern sollte schon vor dem Hintergrund möglicher steigender Gebühren beziehungsweise hoher privater Sanierungskosten erfolgen. Andernfalls ist der Widerstand aus der Bürgerschaft schon vorprogrammiert. Aber auch die Erhaltung von sicheren hygienischen Bedingungen muss wieder ins Bewusstsein gerufen werden.

Wichtig: Kommunikation der Folgen nicht sanierter Abwasserkanäle

Die Selbstverständlichkeit, mit der heute die ausgezeichneten hygienischen Bedingungen in Deutschland betrachtet werden, darf nicht zu einer Vernachlässigung der eigenen Pflichten insbesondere bei privaten Grundstücksbesitzern führen.

Seit 1842 werden in Deutschland planmäßig öffentliche Kanalisationen angelegt, deren Länge heute rund 540.000 Kilometer beträgt. Dazu kommen noch einmal rund 1.000.000 Kilometer Abwasserleitungen der im privaten Zuständigkeitsbereich liegenden Grundstücksentwässerung. Aktuell sind rund 96 % der deutschen Haushalte an die Kanalisation angeschlossen. Seit 150 Jahren wurde damit eine signifikante Verbesserung der hygienischen Bedingungen in Deutschland erreicht: Krankheiten, die durch verseuchtes Wasser bedingt sind, konnten entscheidend zurückgedrängt werden, weshalb seit etwa 100 Jahren in Deutschland keine Epidemien mehr zu verzeichnen sind. Der verantwortungsvolle und bewusste Umgang sowie die jahrzehntelange Forschung im Bereich der Abwasserentsorgung und -reinigung haben zu diesen hervorragenden hygienischen Lebensbedingungen in Deutschland beigetragen.

Private und öffentliche Abwasseranlagen weisen Sanierungsbedarfe auf

Aktuelle Ergebnisse aus Benchmarkstudien sehen einen kurzfristigen Sanierungsbedarf von 8,3 % des öffentlichen Kanalnetzes, mittelfristig sind im Bundesdurchschnitt 17,6 % sanierungsbedürftig. Die Altersverteilung der privaten Grundstücksentwässerungsanlagen ist dagegen nicht bekannt. Erste Untersuchungen in NRW zeigen, dass rund 40 % der untersuchten GEA eine kurzfristige Sanierungspriorität aufweisen; hiervon gehören ca. 75 % zu Gebäuden, die vor 1965 errichtet wurden. Rund 30 % der untersuchten GEA weisen Schäden mit mittelfristiger Sanierungspriorität auf. Lediglich 30 % der untersuchten GEA weisen keinen Sanierungsbedarf auf.

Hygieneprobleme dürfen in Industrieländern keine Erscheinung des 21. Jahrhundert werden!

Die Folgen sind bereits sichtbar: Schon heute ist in Siedlungsgebieten das Grundwasser deutlich, statistisch signifikant stärker mit abwassertypischen Kontaminationen belastet als im ländlichen Raum, z.B. mit

- anorganischen Indikatorstoffen Bor, Kalium, Natrium, Chlorid, Ammonium,
- Humanarzneistoffen,
- Röntgenkontrastmittel,
- Rückstände aus Körperpflegeprodukten und
- weit verbreiteten Industriestoffen mit endokriner Wirkung.

Zudem gibt es punktuelle Einträge in Siedlungsgebieten von Darmbakterien (Coliforme und E. coli). Insbesondere E. Coli gelten als Fäkalindikator bei der Bestimmung einer Verunreinigungen von Wasser.

Sinnvolle Sanierungsplanung und Qualität beim Einbau

Eine flächendeckende Untersuchung (Begehung, TV-Untersuchung, Dichtheitsprüfungen) des gesamten Kanalsystems ist erforderlich, um im Bedarfsfall den besten Weg für eine Sanierung zu wählen. Bis jetzt beträgt die Inspektionsrate der öffentlichen Kanäle rund 80 % des Netzes, wobei einzelne Bundesländer diese Quote sogar noch deutlich unterschreiten. Der Untersuchungsgrad der privaten GEA beläuft sich dagegen nur auf wenige Prozent aller vorhandenen GEA.

Unter diesen Vorzeichen sollte eine nachhaltige Planung unter Beachtung des gesamten Lebenszyklus erfolgen, das heißt von der Planung über die Herstellung und Nutzung bis zur Entsorgung. Dabei sollten die einzelnen Lebensphasen auf unterschiedliche Aspekte der Nachhaltigkeit analysiert und in ihrem Zusammenwirken optimiert werden.

Es ist das Ziel, eine wünschenswerte Qualität der Kanalisation mit möglichst geringen Aufwendungen und geringen negativen Umwelteinwirkungen bei hohem Nutzungskomfort zu erreichen und langfristig aufrechtzuerhalten. Bei einer vorausschauenden Planung werden z. B. Gebäudeentwässerungsanlagen als frei zugängliche Sammelleitungen ausgeführt. Auf unzugängliche und unter den Fundamentplatten verlegte Grundleitungen wird verzichtet. Reinigungs- und Inspektionsmöglichkeiten werden von vornherein berücksichtigt.

Deshalb sollten bei der Planung auch Maßnahmen zur Instandsetzung oder eine vorzeitige Erneuerungsmöglichkeit der Entwässerungsanlagen einkalkuliert werden, da die Dauerhaftigkeit der Rohrwerkstoffe geringer als die Lebensdauer des Gebäudes sein kann. Durch einen integralen Planungsansatz für Baumaßnahmen bei Neubau, Erneuerung oder Bestandsrenovierung ist unter Berücksichtigung der Instandhaltungs- und Modernisierungsaufwendungen eine angemessen lange Nutzungsdauer anzustreben. Insbesondere die Dauerhaftigkeit von Baustoffen und Bauteilen sowie deren Verarbeitung bestimmen die Lebensdauer. Eine hohe Dauerhaftigkeit reduziert den Unterhaltungs- und Erneuerungsaufwand.

Erhöhen der Kommunikationspolitik zur Aufklärung über ökologische, ökonomische und soziale Risiken

Bei der Inspektion und gegebenenfalls erforderlichen Sanierung von Entwässerungsanlagen kann es keine isolierte Betrachtung öffentlicher und privater Kanäle geben. Die Wassergesetze der Länder legitimieren Kommunen, im Rahmen ihrer Satzungen auch private Grundstücksbesitzer zu einer regelmäßigen Inspektion ihrer privaten GEA zu verpflichten. Erfolgt dies ohne vorherige Aufklärung und Einbeziehung der Bürger, ist Widerstand schon aufgrund der vom einzelnen Bürger kaum einschätzbaren Kosten vorprogrammiert.

Die Demokratie vor Ort folgt aktuell bestimmten Verhaltensmustern, die vor der Einbeziehung der Bürger in Entscheidungen der Entwässerung berücksichtigt werden sollten:

Erhöhte Partizipationsansprüche

Große Teile der Bevölkerung nehmen Entscheidungen lokaler Behörden nicht mehr einfach hin und suchen dafür oftmals nicht die politischen lokalen Gremien (wie Stadt- und Gemeinderäte), sondern agieren unmittelbar über Medien oder Bürgerinitiativen.

Erschwerte Solidarität und überlokale Orientierung

Durch Individualisierungsprozesse wird der Lebensalltag (Wohnen, Arbeiten, Ausbildung, Familie, Konsum usw.) ortsverschieden wahrgenommen; die Fokussierung auf eine einzige Wohnumgebung und die Identifikation mit ihr verliert an Bedeutung.

Diskrepanz zwischen „großer“ und „kleiner“ Demokratie

Kommunale Institutionen befinden sich oft genau in der Grauzone zwischen empfundener „großer“ Entscheidungsebene (Landes-, Bundes- und Europagesetzgebung) und der „kleinen“ Entscheidungsebene der unmittelbaren lokalen Betroffenheit (Vereinsmitgliedschaften, Elterninitiativen, Mieterbeiräte). Während die Identifikation mit ersterer minimal, weil vermeintlich kaum beeinflussbar ist, besitzt letztere eine besonders große Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern.

Auftreten des „Nimby“-Phänomens

Bürger neigen zunehmend dazu, generell Veränderungen in der Gesellschaft zu begrüßen, solange sie davon nicht persönlich betroffen sind und keine eigenen wahrnehmbaren Nachteile (wie persönliche Kostenbelastungen) zu befürchten haben. Dieses „Not in my backyard“ (Nimby-) Verhalten ist als Denkbarriere zu berücksichtigen und argumentativ zu durchbrechen.

Bürgerinformation und –beratung bei der Grundstücksentwässerung: Das Beispiel Schäftlarn

Der Netzbetreiber (Gemeindewerke Schäftlarn) erarbeitete zur integrativen Inspektion und ggf. Sanierung des öffentlichen Kanalnetzes und unmittelbar angrenzender privater Grundstücksentwässerungsanlagen ein freiwilliges Angebot gegen Kostenübernahme. Ziel war es, „diffuse“ Ergebnisse privat initiierten Untersuchungen zu vermeiden. Hier traten Beispiele zutage, bei denen u. a. nur Teilbereiche wie der Revisionsschacht untersucht wurden, z. T. öffentliche Kanäle mituntersucht und privat berechnet wurden. Der Leistungsumfang war nicht vergleichbar,

Rückfragen traten auf, erheblicher Mehraufwand bei der Beurteilung, und schließlich war die Verwendbarkeit für die Beurteilung durch die öffentliche Hand fraglich.

Im Rahmen einer Bürgerinformation wurden Transparenz und Offenheit geschaffen: mit Pressemitteilungen, einer Broschüre, Informationsveranstaltungen und ergänzenden Informationsunterlagen. Anwohnerkontakt wurde angeboten und vielfach genutzt. Der Leistungsumfang, die Möglichkeiten und Grenzen sowie die technische Durchführung wurden transparent dargestellt. Der Netzbetreiber stellte sich als Dienstleister der Bürger vor. Die Unterstützung des Dienstleisters wurde gerne angenommen.

Die Bürgerinformation umfasste eine Aufklärung vor Beginn der Zustandserfassung, es wurde ein individueller Inspektionsplan und Sanierungsvorschlag vorgelegt, zudem erfolgte eine persönliche Beratung nach Terminvereinbarung.

Informationsgrundlage für die Bürgerbeteiligung

Teilnehmer	rund 130 (BA I) und 150 (BA II) Grundstücke
Teilnehmerquote	nach BA II rund 80 %
Optisch schadensfrei (BA I)	bisher 8 Grundstücke (BA I) (6 %)
Fehlanschlüsse (Drainagen)	31 Stellen auf 15 Grundstücken
Vorgefundene Hauptschäden	Ablagerungen, Versätze, Unterbögen, Wurzeln, Risse
Leitungslänge pro Grundstück	rund 40 m privat und rund 5 bis 10 m öffentlich, teilweise stark verzweigt
Kosten für TV-Untersuchungen, Betreuung und Auswertung	geschätzt rund 40 €/m brutto tatsächlich 36 €/m brutto
Spezielle Sanierungskosten	und 175 €/m Bestandslänge
Mittlere Sanierungskosten privat	rund 7.000 € je private GEA

Fazit und Feedback aus der Bürgerschaft

- Die Bürger wurden „mitgenommen“ und informiert
- Offenheit und Transparenz zahlten sich durch hohe Mitwirkungsquote aus
- Hochwertige TV-Inspektion, Betreuung und nachvollziehbare Darstellung und Auswertung
- Ausschließlich positive Rückmeldungen aus der Bürgerschaft
- Gemeindewerke werden als Dienstleister wahrgenommen
- Vorteil für die Grundstückseigentümer: Kostentransparenz und -vorteile
- Vorteil für die öffentliche Hand (Gemeindewerke): einheitliche und verwendbare Unterlagen, erfolgreiche Fremdwasserbeseitigung und Unterbindung von Exfiltration

Aktionsgemeinschaft Impulse pro Kanal

c/o Bayerischer Industrieverband
Steine und Erden e.V./ Fa. BBB
Beethovenstraße 8,
80336 München
Fon 089 51403-181
Fax 51403-183
www.impulse-pro-kanalbau.de

Impulse pro Kanal

Die bundesweite Aktionsgemeinschaft „Impulse pro Kanal“ wurde 2011 ins Leben gerufen. Ihre aktuell 25 Trägerorganisationen, darunter auch die Bayerische Ingenieurekammer-Bau, fordern konkrete Maßnahmen, um den zum Teil erheblichen Investitionsstau bei der Sanierung des öffentlichen Kanalnetzes und der privaten Grundstücksentwässerung zu beenden. Durch Exfiltration von Schadstoffen bei schadhaften Abwasserleitungen drohen ernsthafte Gefahren für Hygiene und Gesundheit durch Umweltschäden sowie Grundwasserverunreinigung.

Vertiefende Informationen unter www.impulse-pro-kanalbau.de oder bei
Impulse pro Kanal

Prof. Dr. oec. troph. Katja Priem, Sprecherin der Aktionsgemeinschaft
c/o Bayer. Industrieverband Steine und Erden / FA BBB
Beethovenstraße 8, 80336 München, info@impulse-pro-kanalbau.de